Gesetzmacherei.

In keinem Lande der Welt werden bekanntlich soviel Gesetze gemacht, als in Deutschland, und ganz besonders die letzten sechs Jahre haben uns eine derartige Hochflut an Gesetzen, Verordnungen, Verfügungen beschert, daß sie selbst der geduldigste Deutsche nicht mehr verdauen kann. Ganz besonders gilt dies von der Steuergesetzmaschine. In diesem Kunterbunt von Bestimmungen finden sich ja schon die Steuerfachleute nicht mehr zurecht. — Ein typisches Beispiel dafür, wie ein Gesetz nicht sein sollte, ist das im „Sächsischen Gesetzblatt" Nr. 40 verkündete Gesetz über Ermäßigungen der Gewerbesteuer, Grundsteuer und Aufwertungssteuer vom 20. Dezember 1924 nebst Ausführungsverordnung. Es ist zwar ganz gewiß juristisch trefflich ausgearbeitet, eingehend durchdacht, alle möglichen Fälle scheinen berücksichtigt — aber für die Praxis ist es eine Mißgeburt! Schon allein die Fassung ist so kompliziert und schwülstig, daß sie für das breite Publikum einfach unverständlich ist und selbst der geschulte Kopf, der gewöhnt und geübt ist, Gesetze zu lesen, immerhin einige Zeit braucht, bis ihm alle Einzelbestimmungen klar sind. Ein Gesetz soll aber — wenigstens wenn es wie hier keine komplizierten Fragen regelt — so einfach und klar abgefaßt sein, daß es jedem normal begabten Menschen mit mittlerer Schulbildung ohne weiteres verständlich ist.

Wenn zu seiner Deutung immer erst ein Jurist, Finanz- oder Verwaltungsbeamter herangezogen werden muß, so entspricht es dieser Grundforderung nicht. Denn wie soll es denn z. B. in den ländlichen Gemeinden seinen Zweck erfüllen, die nicht über solche Kräfte verfügen. Ein Gesetz soll weiterhin aber auch in seiner Durchführung so einfach wie möglich sein. Auch dieser Forderung entspricht das erwähnte Gesetz in keiner Weise. Mühselig und kompliziert ist der Weg, der zum ersehnten Ziele der Steuerbefreiung führt, denn die Befreiungsanträge sind allmonatlich bzw. vierteljährlich zu erneuern. Welchen Aufwand an Arbeit, Mühe, Aerger und Papier verursacht diese Bestimmung nicht allein für die Antragsteller, sondern auch für die Behörden, die die Anträge zu prüfen und über sie zu entscheiden haben. Wie unzweckmäßig ist das namentlich in einer Zeit, wo wir wirklich alle Veranlassung haben, darauf zu sehen, daß in unserem Volke keine Arbeitsleistung für unproduktive Zwecke verschwendet wird. Nun muß man aber auch in Betracht ziehen, wem das Gesetz die dringend nötige Erleichterung bringen soll. Es sind diejenigen Teile unseres Volkes, die die Not unserer Zeit ganz besonders schwer empfinden, wohl durchweg Alte und Kranke, denen entweder die Inflation ihre bescheidene Rente geraubt hat oder die infolge Alter und Krankheit nur ein sehr bescheidenes oder auch gar kein Einkommen haben. Wenn man nun weiß, welche Mühe und Qual für diese bedauernswerten Menschen oft schon die Leistung einer Unterschrift bedeutet, dann fragt man sich: War dieser für alle Beteiligten so umständliche Weg nicht vermeidbar, konnte man nicht zu einer einfacheren und praktischeren Lösung gelangen? Denn darüber besteht kein Zweifel, daß die durch das Gesetz beabsichtigte Entlastung durch seine schwerfällige, bureaukratische Fassung stark in Frage gestellt ist. Viele und gerade die Bedürftigsten werden über die zahlreichen Schwierigkeiten nicht weggekommen und infolgedessen weiter schwer zu tragen haben.

Ich habe in meiner Kritik gerade das Gesetz über Ermäßigungen der Gewerbesteuer, Grundsteuer und Aufwertungssteuer vom 20. Dezember 1924 herausgegriffen. Ich könnte viele andere Gesetze namentlich aus der Steuergesetzgebung anführen, bei denen es genau ebenso liegt. Es ist daher nur verständlich, wenn in weiten Kreisen der Bevölkerung über eine derartige Gesetzmacherei ernste Beschwerde geführt wird.

Gebt uns darum weniger Gesetze, dann aber solche, die allgemein verständlich abgefaßt sind, Gesetze, die auch in ihrer Durchführung einfach und praktisch sind. Dr. v. O.

Die Ruhr-Bilanz.

Ein Reingewinn von 2,757 Milliarden Franken.

Paris, 16. Januar. **Der Bericht der Finanzkommission über die Bilanz des Ruhrunternehmens**, d. h. über die Einnahmen und Ausgaben für die Ruhrbesetzung vom Januar 1923 bis 31. August 1924 weist folgende Ziffern auf: Die Gesamteinnahmen werden mit 4 531 067 649 Franken, die der Ausgaben für die Ausbeutung selbst mit 1 012 559 878 Franken beziffert. Das ergibt einen **Ueberschuß von 3 518 508 321 Franken**. Davon müssen jedoch 781 Millionen für die Besatzungskosten im Rheinland und die Erhaltung der Kontrollkommission in Abzug gebracht werden für die Zeit nach dem 15. November, wo die französisch-belgische Eisenbahnregie aufgehört hatte, zu bestehen, und keine Einnahmen mehr erzielte. **Der Nettoreingewinn der Ruhrbesetzung betrug nach dieser Aufstellung 2 737 250 321 Franken.** Von dieser Summe hat Frankreich während der Zeit dieser Operationen bereits 1 297 701 087 Franken an Sachlieferungen und Belgien etwas mehr als eine Milliarde an Sachlieferungen vereinnahmt. (W. T. B.)

Briefwechsel zwischen Clémenteel und Churchill

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 16. Jan. Gestern ist von französischer amtlicher Seite der schon kurz mitgeteilte **Briefwechsel zwischen Clémenteel und Churchill** anläßlich der Pariser Konferenz veröffentlicht worden.

In dem Briefe des Finanzministers Clémenteel heißt es: Im Vordergrunde der Probleme, die der Lösung harren, steht die Frage der interalliierten Schulden. Die verschiedenen Noten, die Großbritannien an Frankreich in diesem Punkte gerichtet hat, gehen immer von denselben Grundsätzen aus, deren Prüfung die französische Regierung jetzt wieder aufnehmen will, und zwar mit dem ernsthaften Wunsche, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Um diese Prüfung vornehmen zu können würde die französische Regierung gern wissen, ob die englische Regierung immer noch die Prinzipien, die in den englischen Noten, namentlich in der Note Lord Curzons vom 11. August 1923, aufgestellt waren, aufrechterhält und wie die englische Regierung sich die Anwendung dieser Prinzipien denkt.

In der Mitteilung Churchills an Clémenteel heißt es: Sie haben mit mir während meines Aufenthalts in Paris über die Frage der Verrechnung der französischen Schulden gegenüber Großbritannien gesprochen und den Wunsch der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht, daß diese Frage den Gegenstand gewisser Verhandlungen bilden soll. Ich habe diese Mitteilung mit Vergnügen entgegengenommen. Die englische Regierung war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Frage der interalliierten Schulden umgehend aufgeworfen werden muß. Ich habe nicht vermutet, daß im Verlaufe meines Aufenthalts in Paris die Frage der Methoden, der Fristen oder des Termins für die Rückzahlungen der französischen Schulden angeschnitten werden soll. Daher habe ich auch **keine Instruktionen hinsichtlich der Stellungnahme der englischen Regierung erhalten.** Sie haben mir einen Brief geschrieben, in dem Sie die englische Regierung um Feststellung und Festlegung ihrer Haltung hinsichtlich der Balfour-Note und der Erklärungen Lord Curzons vom August 1923 bitten. Ich habe den Brief zur Kenntnis meiner Kollegen gebracht und kann Ihnen versichern, daß ich seit meiner Rückkehr nach London die Frage eifrig in Angriff genommen habe. Wir werden uns bemühen, eine Antwort zu geben, die die französische Regierung in die Lage versetzt, uns definitive Vorschläge zu machen.

Eine Lustreise des Z. R. III.

Lakehurst, 15. Jan. (Durch Funkspruch.) Das Luftschiff „Los Angeles" flog nach Baltimore an der Chesapiakebucht, wo es für die Nacht an dem Ankermast des Tenders Patoka verankert wurde. (W. T. B.)

Die Sühne für den Thüringer Landtags-Skandal.

Der Kommunist Fischer auf 10 Sitzungstage ausgeschlossen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten.")

Weimar, 15. Januar. Nach dem unerhörten Verhalten der Kommunisten im Thüringer Landtag, die den deutschnationalen Abgeordneten Otto in der gestrigen Sitzung überfallen und mißhandelt hatten, verlangten die Rechtsparteien von dem Präsidenten, daß vor weiteren Verhandlungen Sühne erfolgen müsse.

Im Aeltestenrat, der fast den ganzen Tag verhandelte wurde festgestellt, daß der Kommunist Fischer der angreifende Teil gewesen ist.

Die Kommunisten insbesondere versuchen, die Verantwortung dem Abgeordneten Otto zuzuschieben. **Aus den Aussagen der Augenzeugen und der an der Prügelei unmittelbar Beteiligten ging aber einwandfrei hervor, daß die Schuld ganz allein bei den Kommunisten lag.** Nach vergeblichen Bemühungen, zu einer Verständigung unter den Parteien zu gelangen, wurde der Antrag des Abgeordneten v. Eichel-Streiter, den Abgeordneten Fischer auf 20 Sitzungstage auszuschließen, dahin gemildert, daß der Antrag des Abgeordneten Professor Dr. Rosenthal auf

Ausschluß für zehn Sitzungstage

mit der erforderlichen Dreiviertelmehrheit angenommen wurde. Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten dagegen. Ein Antrag des Abgeordneten Fröhlich, beide Beteiligte zu bestrafen, wurde bei Stimmenthaltung der Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. So dürfte dem Abgeordneten Oberstleutnant Otto und seiner Fraktion Genüge getan und ein Exempel statuiert worden sein, um künftig ähnlichen Vorfällen vorzubeugen.

Kommunistische Demonstration in Jena.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Jena, 16. Januar. Die Kommunisten demonstrierten gestern abend hier wieder auf der Straße unter Vorantragung roter Fahnen wegen der politischen Gefangenen. Auf dem Marktplatze hielt der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein eine Protestrede. Zu Unruhen ist es dabei nicht gekommen. Starken Anteil an der Demonstration nahmen der roten Frontkämpfer.

Kommunisten-Demonstration in Berlin.

Berlin, 16. Jan. **Aus Anlaß des gestrigen Todestages von Liebknecht bildeten sich am Bülowplatze mehrere Züge jugendlicher Kommunisten, die mit Sowjetfahnen und Plakaten durch die Straßen zogen. Ein Zug von mehreren Hunderten demonstrierte vor dem Moabiter Untersuchungsgefängnis, wobei vorübergehende Reichswehrsoldaten beschimpft und bedroht wurden. Durch den Lärm und die Rufe wurden auch die Häftlinge unruhig und begannen den Schreiern auf der Straße zu antworten. Ein Schupoaufgebot zerstreute schließlich die Ansammlung.**

Katz von Wien abgereist.

Wien, 16. Jan. Der kommunistische Abgeordnete Katz ist nach Berlin abgereist, nachdem er sich verpflichtete, sich zu der am 15. Februar gegen ihn anberaumten Verhandlung wegen Fälschung von Reiseausweisen wieder hier zur Verfügung des Gerichts zu stellen. (W. T. B.)

Keine Zahlungen seitens der Barmat-Leute.

Konkurs?

Im Barmat-Skandal haben die Brüder Barmat die am 10. Januar fällig gewesenen Rückzahlungen an die Staatsbank nicht leisten können. Auch die am 16. Januar bei der Post fälligen Zahlungen werden nicht eingehen. Damit wird die Frage der Konkursanmeldung der Barmats aktuell werden. Immer neue Belastungen kommen in der Voruntersuchung zutage. So haben die Barmats nicht einmal ihre prunkvolle Schloßvilla auf Schwanenwerder bezahlt, sondern nur eine bescheidene Anzahlung geleistet. Auf ihren privaten Laufkonten standen bei ihrer Verhaftung nur einige tausend Mark, sämtliche Millionengewinne aus Deutschland sind sofort ins Ausland gebracht worden. Auch die acht Automobile waren auf Teilzahlung genommen. Die Staatsanwaltschaft wirft den Brüdern vor, daß sie schon bei allen Gründungen von vornherein die Absicht hatten, sobald genug Millionen zusammen waren, spurlos zu verschwinden. Bis jetzt sind in Moabit 111 Zeugen verhört worden, die die Barmats ausnahmslos schwer belasten.

Berlin, 16. Jan. Die Berliner Großbanken haben die Beteiligung an einer Sanierungsaktion für Barmat und Genossen abgelehnt.

Vernehmung Sklarz' in Wien.

Wien, 16. Jan. Leo Sklarz, der gegenwärtig hier weilt, wurde von dem mit der Wöllersdorfer Angelegenheit betrauten Untersuchungsrichter vernommen. Die Vernehmung führte zu einer Ergänzung des Untersuchungsmaterials in der Wöllersdorfer Angelegenheit, obwohl das Verfahren schon vor einiger Zeit abgeschlossen worden ist.

Wechsel in der Leitung der Wöllersdorfer Werke.

Wien, 16. Jan. Der Generaldirektor der Wöllersdorfer Werke, Neuhöfer, ist von seinem Posten zurückgetreten. Seine Demission soll, wie die Blätter melden, mit der Festsetzung eines neuen Majoritätsverhältnisses bei den Werken auf Grund eines besonderen Abkommens mit dem Handelsministerium zusammenhängen. (W. T. B.)

Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 16. Jan. In der Zeit von Mitte **bis Ende** Dezember 1924 hat die **Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 458 000 auf 529 000, d. h. um rund 15 Prozent zugenommen.** Die starke Zunahme erklärt sich einmal daraus, daß infolge der langandauernden milden Witterung die Außenberufe die im Spätherbst üblichen Entlassungen in diesem Jahre später vorgenommen haben, zum andern Teil entspricht sie einer nach Weihnachten fast alljährlich beobachteten Erscheinung. (W. T. B.)

Der Danziger Postkonflikt.

Mac Donnels Unparteilichkeit.

(Durch Funkspruch.)

London, 16. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, der Oberkommissar in Danzig, Mac Donnel, stehe in dauernder Verbindung mit dem Völkerbundssekretariat in Genf bezüglich der ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Danziger Senat, der polnischen Regierung und ihm selbst, die wegen des Briefkastenzwischenfalls entstanden sind. Mac Donnel habe darauf **bestanden, daß die Danziger Behörden sich beim polnischen Kommissar entschuldigten**, falls die polnischen Briefkästen von Danzigern zerstört wurden. **Er bestehe jetzt ebenso darauf**, als die vom Völkerbund zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Danzig und Polen im Geiste der Gerechtigkeit und des Friedens ernannte Behörde, **daß der status quo in der Angelegenheit der Postvereinbarung für den Augenblick aufrechterhalten werde.** Im Völkerbund und in britischen Kreisen sehe man sein Verhalten bei beiden Gelegenheiten als durch Unparteilichkeit eingegeben an. **Die Beunruhigung auf beiden Seiten nehme zu.** Es werde vielleicht notwendig sein, daß der **Völkerbundsrat** vor seiner nochmaligen Tagung, die frühestens im März stattfinde, einberufen werde. **Der Berichterstatter erklärt, der Versuch, dem Oberkommissar das Interventionsrecht und die Exekutivaktion abzusprechen, sei angesichts des Vertrags von Versailles ungerechtfertigt.**

Das Wolffbureau meldet über die weitere Entwicklung aus Warschau das folgende:

Die Lage in dem Polnisch-Danziger Konflikt hat sich im Laufe des gestrigen Abends nicht geändert. Die polnische Regierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes eine Darstellung über den Standpunkt in der Post- und Briefkästenangelegenheit unterbreitet und Protest eingelegt gegen das Verhalten des Völkerbundskommissars. Weiter hat die polnische Regierung die beiden Verbalnoten vorgelegt, die Mac Donell und Strasburger, der diplomatische Vertreter Polens, in Danzig ausgetauscht haben. **Die polnische Presse beginnt sich langsam zu beruhigen** und sich auch wieder mit anderen politischen Fragen zu beschäftigen. Nur die nationaldemokratischen Zeitungen führen noch weiterhin gegen Danzig eine erregte Sprache. So meint die heutige „Gazeta Poranny", die Politik Danzigs sei nur ein Teil des großen deutschen Spiels, das dahin gehe, Polen vom Meere abzuschneiden. (W. T. B.)

Die Zugeständnisse an die polnische Minderheit der Tschechei.

Ein polnisch-tschechischer Geheimvertrag.

Einen für die Deutschen sehr interessanten Auszug aus einem **Geheimvertrag zwischen Prag und Warschau** bringt das tschechische Blatt „Mor. Sl. Den", weil daraus zu ersehen ist, wie die Tschechen, sobald es ihrem Vorteil entspricht, die Minoritätenfrage ansehen. Es handelt sich in diesem Vertrag um **Zugeständnisse an die 70 000 Köpfe starke polnische Minorität**, die sehr weitgehend sind, während den 3,5 Millionen Deutschen nicht das geringste eingeräumt wird. Es heißt in dem Vertrage u. a., daß die Behörden kein Einfluß darauf üben dürfen, ob ein Kind in eine tschechische oder eine polnische Schule eingeschrieben wird. In Gerichtsbezirken, wo weniger als 20 Prozent Polen wohnen, heißt es in dem sehr wichtigen § 19, ist **die polnische Sprache vollberechtigte Minderheitssprache**, wenn nur in demselben politischen Bezirk seitens der Polen die Ziffer von 20 Prozent erreicht wird. Das ist eine Bestimmung, die weit über das hinausgeht, was den Deutschen gesetzlich und gar de facto zugestanden wird.

Der Religionsunterricht muß immer in der Sprache der Schüler gelehrt werden. Polnische Lehramtskandidaten, die ihre Lehrerqualifikation in Polen erhalten haben, werden für die polnischen Minderheitsschulen in Tschechisch-Teschen und in Arwa in der Zips als gleichberechtigte Lehrer angesehen und haben lediglich eine Ergänzungsprüfung abzulegen. In die Schulbehörden aller Instanzen wird eine entsprechende Zahl von Beamten polnischer Nationalität berufen. Wenn öffentliche Schulen für polnische Kinder errichtet werden, so hat die Staatsbürgerschaft der Eltern dabei keine Rolle zu spielen. **Bei der Erteilung von Konzessionen, Bewilligungen und amtlichen Berufungen werden tschecho-slowakische Staatsbürger polnischer Nationalität den Angehörigen tschecho-slowakischer Nationalität vollkommen gleichgestellt**, wobei der einheimischen Bevölkerung der obenerwähnten Gebiete ein Vorzugsrecht vorbehalten bleibt. Das sind Zugeständnisse, wie die Deutschen in der Tschechei sie bisher noch nicht einmal zu stellen wagten!

Die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Berlin, 16. Januar. Noch vor Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden Ende dieses Monats oder Anfang Februar die Vorverhandlungen über eine Reihe von Teilfragen beginnen. Es sind das einige zwanzig Punkte, in denen die polnische Regierung gewisse, mit der Abtretung des ehemaligen deutschen Gebiets zusammenhängende Ansprüche erhebt. Die deutsche Regierung wird sich Verhandlungen über einzelne dieser Fragen nicht entziehen, doch ist es mehr als fraglich, ob die sehr weitgehenden polnischen Forderungen erfüllt werden können. Es wird sich vor allem um die Herausgabe von Akten und Archiven handeln, welche die Verwaltung in den an Polen abgetretenen Gebieten betreffen, ferner um gewisse Rechtsfragen (Nachlaß- und Fideikommißsachen und vielleicht auch um Deutschlands Beteiligung an den Pensions- und Rentenzahlungen für die im abgetretenen Gebiet wohnhaften Zivil- und Militärpersonen, deren Unterstützung dem polnischen Staate obliegt.

Inkrafttreten des deutsch-polnischen Provisoriums.

Berlin, 16. Jan. Die deutsche Regierung hat durch den deutschen Gesandten in Warschau der polnischen Regierung ihre Zustimmung zu dem vorläufigen Wirtschaftsabkommen, das am 13. Januar in Berlin unterzeichnet worden ist, ausgesprochen. Die polnische Regierung gab gleichfalls ihre Zustimmung zu dem Abkommen. (W. T. B.)

Die Neutralität der Kirche in Frankreich.

Eine Zusicherung Herriots.

Paris, 16. Jan. Ministerpräsident Herriot hat an die Präfekten des Departements Oberrhein, Niederrhein und Mosel folgendes Schreiben gerichtet: Schlechtunterrichtete Personen haben das Gerücht zu verbreiten gesucht, daß die Regierung beabsichtige, in Elsaß-Lothringen die Kultausübung zu hindern und der Gewissensfreiheit Eintrag zu tun. **Wie alle Franzosen werden die Elsässer und Lothringer auch fernerhin in voller Sicherheit ihre Kirchen, die katholischen und evangelischen und die Synagogen besuchen.** Wenn die Regierung die Neutralität der Kirche wahren muß, ist sie anderseits auch die Beschützerin der Rechte und der individuellen Gewissensfreiheit. Die gegenwärtige Regierung wird daran nicht rütteln lassen. (W. T. B.)

Berlin, 15. Januar. Das Weißbuch des Auswärtigen Amtes über die Londoner Konferenz ist dem Reichstage nunmehr zugegangen.

Reklame-
Sonder-Angebote
für gediegenen Geschmack in bester Damen-**Leibwäsche** – aus edelstem Material (Fein-Makotuch) gefertigt – geeignet zur Ergänzung von **Haus-** und **Aussteuer-Bedarf**. Einige Beispiele von Preiswürdigkeit in richtigen Größen:
Taghemden von GM. **3,90** an **Beinkleider** von GM. **5,00** an
Nachthemden v. GM. **8,75** an **Hemdhosen** von GM. **7,30** an
Ferner aus Mako-Imitaten u. Stickerei-Restbeständen gearbeitete
Untertaillen von GM **3,95** an **Prinzeß-Röcke** v. GM. **7,50** an
in den Größen 42, 44, 46, 48
Wallstraße 6
Gründungsjahr 1880
R. Hecht
Leinenhaus